



– Beschlusskammer 6 –

Beschluss
(enthält Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse)

Az. BK6-15-044-N1

In dem Verwaltungsverfahren

wegen: Benennung nominierter Strommarktbetreiber („nominated electricity market operators“, kurz „NEMO“)

der EPEX SPOT SE, 5 boulevard Montmartre, 75002 Paris, Frankreich, gesetzlich vertreten durch den Vorstand,

– Antragstellerin –

Beteiligte:

Tennet TSO GmbH, Bernecker Straße 70, 95448 Bayreuth, vertreten durch die Geschäftsführung

– Beigeladene –

hat die Beschlusskammer 6 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann,

durch ihren Vorsitzenden Christian Mielke,
ihren Beisitzer Andreas Faxel
und ihren Beisitzer Jens Lück

am 11.12.2015 beschlossen:

1. Die Antragstellerin wird als nominierter Strommarktbetreiber benannt.
2. Die Antragstellerin wird verpflichtet, jegliche relevante Änderungen, die die fortlaufende Erfüllung der Kriterien zur Benennung betreffen, der Bundesnetzagentur mitzuteilen.
3. Die Benennung ist befristet bis zum 11.12.2019. Die Antragstellerin wird verpflichtet der Bundesnetzagentur sechs Monate vor Ablauf der Frist mitzuteilen, ob sie auch zukünftig als NEMO aktiv sein wird.
4. Ein Widerruf bleibt vorbehalten.

Gründe

I.

Das vorliegende Verwaltungsverfahren betrifft die Benennung eines nominierten Strommarktbetreibers („nominated electricity market operator“, im Weiteren „NEMO“) gemäß Art. 4 der Verordnung EU 2015/1222 der Kommission zur Festlegung einer Leitlinie für die Kapazitätsvergabe und das Engpassmanagement (im Weiteren „CACM“) in Deutschland.

1. Die Antragstellerin ist als Spotmarktbetreiberin für Deutschland, Österreich, Frankreich und die Schweiz tätig. Über ihre Tochtergesellschaft APX Holding B.V. bietet Sie zudem indirekt Handelsleistungen auf den Spotmärkten in Belgien, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich an.
2. Mit Schreiben vom 21.08.2015, eingegangen bei der Beschlusskammer am 24.08.2015, hat die Antragstellerin die Benennung als NEMO beantragt.

Mit ihrem Antrag hat die Antragstellerin umfangreiche Unterlagen vorgelegt, auf die jeweils im Einzelnen Bezug genommen wird. Diese enthalten insbesondere Informationen zur Kapitalausstattung, zur Organisation und Unternehmensstruktur sowie zur technischen Infrastruktur und den Betriebsverfahren, die notwendig sind um die im CACM festgelegten NEMO-Funktionen erfüllen zu können.

Die Antragstellerin legt dar, alle Anforderungen an einen NEMO zu erfüllen.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akten Bezug genommen.

II.

Die Antragstellerin ist als NEMO zu benennen. Die formellen Voraussetzungen für eine Benennung sind erfüllt. Die materiellen Voraussetzungen einer Benennung liegen vor. Die Antragstellerin hat nachgewiesen, dass sie die Vorgaben des Art. 6 CACM erfüllt und entsprechend der Vorgaben des Art. 7 CACM in der Lage ist die Aufgaben eines NEMO wahrzunehmen.

1. Formelle Rechtmäßigkeit der Entscheidung

Hinsichtlich der formellen Rechtmäßigkeit der vorliegenden Entscheidung sind die gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren, auch unter Berücksichtigung der Vorgaben des CACM, gewahrt worden.

Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für die Benennung gemäß Art. 9 Abs. 8 lit. a CACM ergibt sich aus § 56 S. 1 EnWG i.V.m. Art. 4 Abs. 3 S. 1 CACM i.V.m. der Verordnung (EG) Nr. 714/2009, die der Beschlusskammern zur Entscheidung folgt aus § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG i.V.m. § 56 S. 3 EnWG.

Die Mitgliedstaaten haben gem. Art. 4 Abs. 1 CACM dafür Sorge zu tragen, dass spätestens 4 Monate nach Inkrafttreten des CACM ein NEMO benannt ist. Gem. Art. 4 Abs. 2 CACM stellt ein jeder Mitgliedstaat sicher, dass in jeder Gebotszone in seinem Hoheitsgebiet mindestens ein NEMO benannt ist. Über eine Veröffentlichung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur hat die Beschlusskammer am 14.04.2015 die interessierten Parteien eingeladen, nach Inkrafttreten des CACM, ihre Bewerbung als NEMO für die Single Day-Ahead- und/oder Intraday-Kopplung in Deutschland einzureichen und dabei über die für die Benennung vorzulegenden Dokumente informiert.

Der Antrag zur Benennung ist zulässig.

Die Entscheidung zur Benennung wurde fristgerecht erlassen. Die Beschlusskammer hat die Frist aus Art. 4 Abs. 1 CACM von vier Monaten nach Inkrafttreten der Verordnung eingehalten.

2. Materielle Rechtmäßigkeit der Entscheidung

Die Antragstellerin ist als NEMO zu benennen. Sie betreibt die Intraday- und Day-Ahead-Marktkopplung in Deutschland und hat nachgewiesen, dass sie die Vorgaben des Art. 6 CACM erfüllt und in der Lage ist, die Aufgaben eines NEMO gem. Art. 7 CACM wahrzunehmen.

2.1. Nachweis der Kriterien nach Art. 6 CACM

2.1.1. Angemessenheit der Ressourcen Art. 6 Ziff.1 lit.a)

Die Antragstellerin hat anhand des von ihr eingereichten Geschäftsberichts und des Jahresabschlusses nachgewiesen, dass sie über eine ausreichende Kapitalausstattung zur Abdeckung der Tätigkeiten und Risiken, um eine effiziente, zuverlässige und stabile Single Day-Ahead- und Intraday-Kopplung betreiben zu können, verfügt. Des Weiteren belegt Sie mit Anlage IX ihres Antrags, dass sie ihre Ressourcen den Marktkopplungsaktivitäten kostendeckend zuordnen kann (siehe auch 2.1.3).

Der Jahresabschluss umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung für das mit 31. Dezember 2014 abgelaufene Jahr sowie die Bilanz zum 31. Dezember 2014. Der Jahresabschluss der Antragstellerin zum 31. Dezember 2014 wurde vom Wirtschaftsprüfer vorbehaltlos und uneingeschränkt bestätigt. Der den Wirtschaftsprüfer vertretende Partner nahm am Aufsichtsrat und der Hauptversammlung der Antragstellerin teil und bestätigte die Veröffentlichung eines Prüfberichts mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Des Weiteren hat stellt die Antragstellerin nachvollziehbar dargelegt, dass Sie über ein Risikomanagementsystem verfügt, mit dem sie Risiken und Unwägbarkeiten, die ihre Leistungsfähigkeit beeinträchtigen können, kontrollieren und abwenden kann. [REDACTED]

Um die in ihren Geschäftstätigkeiten enthaltenen Risiken vorzubeugen, hat die Antragstellerin außerdem eine Zivil- und Berufshaftpflichtversicherung [REDACTED] abgeschlossen (Anhang VI). [REDACTED]

Die Antragstellerin hat nachgewiesen, dass sie über die notwendigen Nutzerplattformen und Schnittstellen, einschließlich der erforderlichen Informationstechnologie, der technischen Ausrüstung und entsprechender Service Level Agreements verfügt, um eine effiziente, zuverlässige und stabile Single Day-Ahead- und Intraday-Kopplung betreiben zu können.

Sie betreibt die Day-Ahead-Marktkopplung seit der Einführung der CWE-Marktkopplung am 9. November 2010, die Benelux, Frankreich und Deutschland/Österreich abdeckt. Seither wurde die Day-Ahead-Marktkopplung auf die Multi-Regionen-Kopplung (Multiregional Price Coupling, MRC) ausgeweitet, innerhalb derer die Antragstellerin die Day-Ahead-Marktkopplung in zwei Preiszonen (Frankreich und Deutschland/Österreich) betreibt. Dafür steht ihr die erforderliche IT-Infrastruktur zur Verfügung.

Sie betreibt den Day-Ahead-Markt über ein Handelssystem mit der Bezeichnung EPEX Trading System (nachstehend „ETS“). [REDACTED]

[REDACTED] Das ETS ist in der Lage, Preise und Nettopositionen im Falle lokaler Auktionen zu berechnen, bei denen die von der Antragstellerin betriebenen Marktgebiete aufgrund eines kritischen Vorkommnisses im Multi Regional Coupling (MRC) nicht mehr gekoppelt sind.

Die Antragstellerin ist Gründungsmitglied der Preiskopplung der Regionen (nachstehend PCR), einer Initiative von sieben Strombörsen in Europa. Diese hat das Ziel, eine gemeinsame Preiskopplungslösung zu entwickeln, die zur Berechnung von Strompreisen und Nettopositionen sowie der Zuteilung von grenzüberschreitenden Kapazitäten im Day-Ahead-Markt in ganz Europa genutzt werden soll. Die Partner der PCR haben unter anderem den „EUPHEMIA-Algorithmus“ sowie einen „PCR Matcher and Broker Service“ (PMB) entwickelt.

Als Miteigentümer dieser Assets, ist die Antragstellerin berechtigt, im Zusammenhang mit der Day-Ahead-Marktkopplung in Europa PCR-Assets zu verwenden.

Des Weiteren nimmt die Antragstellerin am XBID-PXs-Projekt teil, an dem die meisten europäischen Strombörsen beteiligt sind, sowie am XBID-Projekt, an dem sie selbst sowie weitere Strombörsen und die Übertragungsnetzbetreiber mitwirken. Diese Projekte sollen die Lösung für die kontinuierliche implizite Kapazitätsvergabe im europäischen Intraday-Handel konzipieren, entwickeln und liefern. Die Regulierungsbehörden der einzelnen Länder nehmen als Beobachter an diesem Projekt teil, das in Übereinstimmung mit der CACM-Verordnung als Umsetzung des „EU-Target Models“ für den Intraday-Markt gilt. Gleichzeitig betreibt die Antragstellerin die gekoppelten Intraday-Märkte in Deutschland, Frankreich, Österreich und der Schweiz. Dies geschieht über das M7-Handelssystem der Deutschen Börse. M7 ist die Technologie, welche die Deutsche Börse allen Strombörsen für den Betrieb ihrer lokalen Intraday-Märkte anbietet, die über die XBID-Lösung miteinander gekoppelt sind.

[REDACTED]

Eine Optimierung des Intraday-Marktes in den vorstehend beschriebenen Regionen, führt die Antragstellerin mithilfe des Marktkopplungsmodell FITS durch. Durch FITS werden die Gebote

von Mitgliedern der Börse unter Berücksichtigung der verfügbaren Kapazität an den Grenzkuppelstellen zwischen unterschiedlichen Preiszonen, und nicht nur in einer Preiszone, zusammengeführt. Zur Umsetzung dieses Modells hat die Antragstellerin über eine Teilnehmer-Programmierschnittstelle Zugang zur Kapazitätsplattform („ICS“). Diese sammelt alle Informationen über die grenzüberschreitende Intraday-Kapazität der ÜNBs, die die Plattform nutzen.

Die Antragstellerin sichert in ihrem Antrag zu, dass sie, sollte sie mit einem anderen NEMO als NEMO in einer Preiszone benannt werden, alle erforderlichen Vereinbarungen nach Treu und Glauben aushandeln wird, um den Betrieb der Marktkopplung in der betreffenden Preiszone sicherzustellen. [REDACTED]

2.1.2. Zugang zu Informationen – Art. 6 Ziff. 1 lit b)

Die Antragstellerin hat nachgewiesen, dass sie den Marktteilnehmern freien Zugang zu den Verträgen, Methoden, Regeln, Prozessen und Daten gewährt, die gemäß CACM offenzulegen sind. Sie veröffentlicht betriebliche Informationen auf ihrer Internetseite, die den Marktteilnehmern Zugang zu grundlegenden Informationen über die gehandelten Produkte, die Marktkopplungsprojekte, die Handelsüberwachung, sowie das Clearing und die Abwicklung bietet. Auf ihrer Internetseite veröffentlicht sie auch ihre Börsenordnung, sowie Verfahrensvorschriften mit technischen Details über die Handelsaktivitäten und die angewandten Kommunikationsverfahren. Darüber hinaus werden täglich ihre eigenen Primärinformationen (Preise und Intraday-Nettopositionen) an die ENTSO-E Transparenzplattform übermittelt.

2.1.3. Kosteneffizienz – Art 6 Ziff. 1 lit. c)

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED] Sie legt dar, dass ihr Kostenumlagesystem nach Verantwortlichem eine angemessene Trennung von Kosten, die für NEMO-Aktivitäten bestimmt sind, ermöglicht. Die sachgerechte Kostenzuordnung wurde von einem Wirtschaftsprüfer, der mindestens einmal im Jahr einen Audit bei der Antragstellerin durchführt, bestätigt.

2.1.4. Geschäftliche Trennung – Art 6 Ziff. 1 lit.d)

Die Antragstellerin befindet sich seit dem 04.05.2015 im direkten bzw. indirekten Besitz von zwei Hauptgesellschaftern: der EEX AG und der HGRT (Holding des Gestionnaires de Réseau de Transport SA), einer Holding von Übertragungsnetzbetreibern.

Die EEX AG ist eine Gesellschaft deutschen Rechts, gegründet 2002 infolge des Zusammenschlusses der deutschen Strombörsen in Frankfurt und Leipzig. Die EEX ist Teil einer Unter-

nehmensgruppe (EEX-Gruppe). Sie ist mit 10,7% der Anteile direkt an der Antragstellerin beteiligt und hält insgesamt, einschließlich der Anteile ihrer Tochtergesellschaft Powernext SA, 51% der Anteile.

Zur EEX-Gruppe gehören neben der EEX selbst, sowie die Antragstellerin noch die Powernext, die Cleartrade Exchange (CLTX) und die Gaspoint Nordic. Clearing und Abwicklung der Handelsgeschäfte übernimmt das Clearinghaus European Commodity Clearing (im Weiteren „ECC“). Die EEX ist Teil der Deutschen Börse.

Der zweite Hauptgesellschafter der Antragstellerin ist die HGRT. Dies ist eine Holding von sechs europäischen Übertragungsnetzbetreibern. Elia ist der belgische ÜNB, der aktienrechtlich der Kontrolle des belgischen Staates unterliegt und mit 17% an der HGRT beteiligt ist. RTE ist der französische ÜNB, eine 100%ige Tochtergesellschaft der EDF, der mit 34% der Anteile an der HGRT beteiligt ist. Die TenneT ist der staatliche niederländische ÜNB, der mit 34% der Anteile an der HGRT beteiligt ist. Seit 28.10.2015 ist auch die Amprion GmbH, ein deutscher ÜNB, mit 5% an der HGRT beteiligt. Die APG, der österreichische ÜNB, sowie die Swissgrid, der schweizerische ÜNB, sind ebenfalls mit jeweils 5% an der HGRT beteiligt.

Die Antragstellerin hat nachgewiesen, dass ihre Geschäfte die nötige Trennung von Ihren Aufgaben als Börse für den Day-Ahead und Intraday-Markt und anderen Aktivitäten auf dem Energiemarkt aufweisen. Dies belegt sie unter anderem mit der Unabhängigkeit der Geschäftsführung. So sind ihre Vorstandsmitglieder verpflichtet, ihr Amt unabhängig auszuüben. Sie verfügen über keine Positionen in anderen Unternehmen, wie beispielsweise Herstellern, Händlern oder Übertragungsnetzbetreibern. Des Weiteren verfügt die Antragstellerin über einen Aufsichtsrat der die Geschäfte des Vorstands überwacht, einen von Mitgliedern der Börse gewählten Börsenrat, der über Änderungen der Börsenordnung oder die Einführung neuer Handelssysteme entscheidet, sowie über eine Handelsüberwachungsstelle, die dem Börsenrat und dem Vorstand über die Einhaltung der Marktregeln berichtet.

2.1.5. Nicht Diskriminierung – Art. 6 Ziff.1 lit. f)

Die Antragstellerin hat nachgewiesen, dass sie allen Marktteilnehmern einen nicht diskriminierenden Zugang zu ihren Handelsplattformen während der gesamten Dauer der Geschäftsbeziehung gewährleisten kann.

Sie beschreibt in Ihren Börsenregeln ein standardisiertes und objektives Zulassungsverfahren, das für alle Marktteilnehmer gilt. Anhand der dort festgelegten Anforderungen und eines Fragebogens zur Legitimationsprüfung, überprüft ein Komitee, ob ein Kandidat zugelassen wird. Eine Ablehnung muss begründet werden. Kandidaten können sich beliebig häufig bewerben.

Die Antragstellerin gewährleistet, dass Mitglieder nach ihrer Zulassung nicht diskriminierend

behandelt werden, indem für alle dieselben Regeln und Regulierungen für ihre Mitgliedschaft gelten. Zusätzlich besteht für alle Mitglieder ein gleiches Recht auf Vertretung und ein gleiches Stimmrecht im Börsenrat.

2.1.6. Marktaufsicht – Art. 6 Ziff. 1 lit. g)

Die Antragstellerin hat nachgewiesen, dass sie über Strukturen zur Überwachung und Schulung verfügt, die es ermöglichen, möglicherweise problematische Situationen bezüglich der Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts zu erkennen und zu melden.

Dies gewährleistet sie, in dem alle Marktteilnehmer die einen Handelsvertrag mit der Antragstellerin unterzeichnen, sich gleichzeitig dem „Code of Conduct“ verpflichten, der darauf abzielt Fehlverhalten von Marktteilnehmern vorzubeugen und zu ermitteln, um den Markt auf faire und transparente Weise zu betreiben. Der „Code of Conduct“ ist kompatibel mit der Verordnung (EU) Nr. 1227/2011 des Europäischen Parlaments und des Rats vom 25. Oktober 2011 hinsichtlich der Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts (REMIT).

Zusätzlich dazu verfügt die Antragstellerin über eine eigene Marktaufsichtsstelle, die ein eigenes Organ innerhalb ihres Unternehmens darstellt und die den Handel und die Abwicklung von Transaktionen, die auf allen Handelsplattformen der Antragstellerin durchgeführt werden, auf Integrität und Transparenz überprüft.

Des Weiteren verpflichtet sie sich gemäß ihrer Börsenregeln in vollem Umfang mit den Regulierungsbehörden jedes Marktbereichs zusammenzuarbeiten, mit dem Ziel, einen vereinheitlichten, effizienten und regulierten Handel zu ermöglichen.

2.1.7. Transparenz und Vertraulichkeitsvereinbarungen – Art. 6 Ziff. 1 lit. h)

Die Antragstellerin hat nachgewiesen, dass sie über die nötigen Transparenz- und Vertraulichkeitsverträge mit den Marktteilnehmern und auch den ÜNBs verfügt.

Die Transparenz ist über die Börsenregeln und Handelsverträge der Antragstellerin, die jeder Marktteilnehmer unterschreiben muss, abgedeckt. Laut ihren Betriebsregeln hat jeder Marktteilnehmer, die Aktivitäten bezüglich ihrer Transparenz zu unterstützen und auszubauen.

Die Vertraulichkeitspflicht der Antragstellerin gegenüber den Marktteilnehmern ist in ihren Betriebsregeln geregelt. Demnach verpflichtet sich darin die Antragstellerin, die Informationen die in Zusammenhang mit der Handelstätigkeit entstehen, vertraulich zu behandeln. D

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Außerdem stellt sie sicher, dass zum Zweck der Marktkopplungstätigkeiten ihre Tätigkeiten von einem entsprechenden Vertraulichkeitsvertrag erfasst sind.

[REDACTED]

2.1.8. Clearing und Abwicklung

Die Antragstellerin hat nachgewiesen, dass sie über die technischen, operativen und vertraglichen Vereinbarungen verfügt, um den Stromhandel für eine Single-Day-Ahead- und Intraday-Kopplung abzuwickeln, und um es mehr als einem Unternehmen zu ermöglichen, Day-Ahead-Kopplungen zu betreiben. Sie hat außerdem nachvollziehbar dargelegt, dass sie über eine angemessene Kapitalisierung und Finanzsicherheit verfügt, die die Abwicklungen garantieren, die aus der Single-Day-Ahead- und Intraday-Kopplung stammen.

Dabei führt die Antragstellerin die Abwicklung nicht selbst durch, sondern verfügt über einen Servicevertrag („Clearing Services Agreement“) mit dem mit ihr verbundenen Unternehmen European Commodity Clearing AG (im Folgenden „ECC“), welches die Abwicklung aller bei der

Antragstellerin gehandelten Produkte übernimmt.

Die ECC ist ein Unternehmen im Privatbesitz mit eingetragenem Firmensitz in Leipzig und eine 100%ige Tochtergesellschaft der European Energy Exchange AG. ECC ist eine sog. zentrale Gegenpartei (central counterparty - CCP), die nach der European Market Infrastructure Regulation (EMIR) reguliert ist und eine entsprechende Lizenz hält, die ihr das Clearing und die Abwicklung einer breiten Palette von Transaktionen innerhalb Europas ermöglicht. ECC ist außerdem Inhaber einer Banklizenz und wird daher zusätzlich als Kreditinstitut von der BaFin und der deutschen Bundesbank überwacht.

Die Antragstellerin hat dargelegt, dass die ECC als Teil ihrer Zulassungsanforderungen jederzeit die entsprechenden Mindestkapitalanforderungen zu erfüllen hat, sowie angemessene Risikokontrollmaßnahmen und -verfahren implementieren muss.

Die technische Infrastruktur und die operative Ausrichtung der ECC für die physische Abwicklung sind so strukturiert, dass sie hinsichtlich der Anzahl der unterstützten Märkte und der Anzahl der Teilnehmer skalierbar sind.

2.1.9. Kommunikationssysteme Art. 6 Ziff. 1 lit. j)

Die Antragstellerin hat nachgewiesen, dass sie über die entsprechende IT-Technologie und -Ausrüstung sowie über vertraglich garantierte Serviceniveauvereinbarungen zur Kommunikation mit den relevanten ÜNBs verfügt.

Dies geschieht zum einen durch den Einsatz von sogenannten Operativen Komitees (OPSCOM) auf regionaler Ebene (CWE, MRC usw.), die die Koordination der einzelnen Projekte erleichtern sollen. Zum anderen sind die externen Schnittstellenspezifikationen von der Antragstellerin und den ÜNBs gemeinsam genutzt, so dass ein reibungsloser Datentransfer während einer Marktkopplungssitzung sichergestellt ist.

2.2. Nicht Diskriminierung

Die Antragstellerin hat glaubhaft dargelegt, dass keiner der Marktkopplungskontrakte, bei denen sie Vertragspartei ist, eine Ausschließlichkeitsklausel zu ihren Gunsten oder Vertragsbeschränkungen hinsichtlich der Ernennung anderer NEMOs oder des Betriebs durch einen anderen NEMO enthält. Alle PCR- oder XBID-Kontrakte, bei denen sie Vertragspartner ist, sind auf einer fairen und nicht diskriminierenden Basis offen für neue Zeichner und ihre Übereinstimmung mit dem Wettbewerbsgesetz geprüft und bestätigt worden.

Des Weiteren hat die Antragstellerin dargelegt, dass die Verträge für das MRC offen für alle

Strombörsen oder ÜNBs sind, welche das Ziel der Single- Day-Ahead-Marktkopplung und die Transparenzkriterien erfüllen. Die Parteien verpflichten sich darin, jede Bewerbung einer Strombörse oder eines ÜNBs in gutem Glauben und auf nicht diskriminierende Weise zu behandeln. Unabhängig vom Status oder der technischen Bereitschaft kann danach jede Partei einen Beobachterstatus bei den MRC-Leitungskomitees erhalten und so ohne Stimmrecht an der Leitung der Single-Day-Ahead-Kopplung beteiligt sein.

2.3. Nebenbestimmungen

Die Nebenbestimmung der Tenorziffer 2) ist nötig, um die Bundesnetzagentur rechtzeitig über relevante Änderungen, die die fortlaufende Erfüllung der Kriterien zur Benennung betreffen, zu informieren, die eine Neubewertung der Benennung als NEMO zur Folge haben können. Gem. Art 4 Abs. 3 CACM ist die Bundesnetzagentur für die Überwachung des NEMO zuständig. Um eine Situation zu vermeiden, in der kein NEMO mehr benannt ist, müssen solche Änderungen rechtzeitig seitens des NEMO angezeigt werden.

Die Befristung der Benennung des NEMO in Tenorziffer 3) ergibt sich aus Art. 4 Abs. 2 CACM. Die Frist zur Anzeige von 6 Monaten vor Auslaufen der Benennung ist nötig, um eine Situation zu vermeiden, in der kein NEMO mehr benannt ist.

Der Widerrufsvorbehalt in Tenorziffer 4) folgt zunächst aus Art. 4 Abs. 8 CACM.

Darüber hinaus war dieser insbesondere deshalb aufzunehmen, weil aktuell eine Diskussion bezüglich der Kostentragung aus der CACM Verordnung, hier insbesondere bezüglich des Art. 76 CACM, zwischen der Antragstellerin und der Bundesnetzagentur stattfindet, die bis zum Abschluss des Verfahrens zu Benennung nicht beendet werden konnte. Die Antragstellerin vertritt insoweit die offenkundig unrichtige Rechtsauffassung, dass ihrerseits ein Anspruch auf Übernahme ihrer Kosten durch die ÜNB bestehe. Bei verschiedenen Gelegenheiten hat die Antragstellerin ihre zukünftige Mitarbeit in CACM-Projekten von einer entsprechenden Übernahme ihrer Kosten durch die ÜNB abhängig gemacht. Diese Diskussion konnte bis zum Abschluss des Verfahrens zur Benennung nicht beendet werden. Eine dauerhafte Verweigerung der Übernahme von Kosten, die der Antragstellerin nach dem CACM zuzuordnen sind, könnte sich als wesentlicher Verstoß gegen die einen NEMO treffenden Verpflichtungen darstellen und damit Anlass für einen Widerruf der Benennung geben.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann binnen einer Frist von einem Monat ab Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist beim Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung gemäß § 76 Abs.1 EnWG.

Christian Mielke
Vorsitzender

Andreas Fixel
Beisitzer

Jens Lück
Beisitzer